

gibt es in Deutschland noch nicht, große Pläne für die klimafreundliche Energiewende jedoch schon.

Klimaneutral bis 2045 – aber wie?

Bis 2050 will die EU klimaneutral sein, Deutschland will es sogar bis 2045 schaffen. So sieht es jedenfalls der ehrgeizige European Green Deal vor. 166 Projekte sind dafür vorgesehen. Denn die EU erwartet, dass der Stromverbrauch bis 2030 um 60 Prozent steigen wird, zumal immer mehr Autos mit Strom statt Sprit fahren, immer mehr private Haushalte mit Strom statt Öl oder Gas heizen, immer mehr Unternehmen von fossilen Energien auf Strom umstellen werden. Dabei geht es zum einen um Kraftwerke ohne CO₂-Emission und die klimaschonende Versorgung, zum anderen um den entsprechenden Ausbau der Infrastruktur wie etwa der Stromleitungen. Diese reichen in Deutschland längst noch nicht aus, um überall viele Millionen Wärmepumpen und die angepeilten 15 Millionen Elektromobile mit Strom zuverlässig zu betreiben. Bis 2030 – so die Erwartung der EU – müssen allein für den Ausbau der Stromnetze 584 Mrd. Euro investiert werden. Tennet, der größte Netzbetreiber in Deutschland, müsste allein in den nächsten zehn Jahren mehr als 110 Mrd. Euro investieren, um etwa den Strom aus dem windreichen Norden in die südlichen Industrieregionen zu transportieren. Hinzu werden viele Milliarden Euro an Investitionen kommen müssen, die von den Stromversorgern für die Verbesserung ihrer Verteilernetze aufzubringen sind.

Verwirrende Förderpolitik

Die von der Ampel-Regierung geplante und zum Teil bereits realisierte Energiewende ist von Anfang an völlig falsch programmiert worden. Richtig ist allein das Ziel, das die Bundesregierung verfolgt, nämlich den Ausstieg aus klimaschädlichen Energieträgern und die

Transformation der Wirtschaft und der privaten Haushalte hin zu geringeren, möglichst zu Null-CO₂-Emissionen. Was auf dem Weg dahin jedoch an immer mehr Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften in den letzten zwei Jahren beschlossen wurde, überfordert alle und insbesondere unsere Volkswirtschaft. Dasselbe gilt für die Industrie, den Verkehr, den Hausbau und für die privaten Haushalte. Dafür gibt es eine Flut von Investitionen und Förderungen aus den öffentlichen Haushalten, die immer höhere Milliarden-Summen erfordern. Auf der anderen Seite werden immer noch weit über 20 Mrd. Euro für klimaschädliche Fertigungen und Erzeugnisse aus der Staatskasse gezahlt.

CO₂-Abgabe: Die beste Alternative

Politische Interventionen erfolgen in immer größerem Umfang. Selbst technische Details werden von der Bundesregierung und ihren Beamten – unterstützt von Spindoctors von AGORA und anderen Beratern – erdacht und ins Gesetz geschrieben. Dieser Wust von politischen Vorschriften verunsichert und lähmt alle Investoren – von der Industrie bis hin zum Eigenheim. Das alles führt zur Deformation unserer Sozialen Marktwirtschaft und damit zum Attentismus von Produzenten und Konsumenten. Klimaschutz, der vor allem auf Subventionen und Interventionen beruht, ist „nicht zukunftsfähig“ – so der Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimaforschung. Hinzu kommt, dass diese Strategie auf Dauer nicht mehr zu finanzieren ist. Das muss die Ampel-Regierung seit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts endlich zur Kenntnis nehmen.

Dringend notwendig ist deshalb eine Rückkehr zum Ordnungsrecht. Dabei sollte der CO₂-Preis das Leitinstrument werden; staatlich vorgeschriebene Standards und notfalls einige Verbote können bestenfalls als Ergänzung eingesetzt werden.

CO₂ vermeiden: Gewinn für alle

Denn es gilt, überall die CO₂-Emissionen zu vermeiden. Denn die Treibhausneutralität, die bis zum Jahre 2045 hierzulande erreicht werden soll, hat ihren Preis. Bis Ende 2030 wird er 200 Euro pro Tonne CO₂ kosten, damit es sich für alle lohnt, die Emissionen zu vermeiden. Nur so ließen sich fossile Energien unrentabel machen und in diesem Jahrzehnt weitgehend aus dem Markt drängen. Mit neuen Technologien, weitestgehend finanziert mit der Mobilisierung von privatem Kapital, wären größere Erfolge für das Klima zu erzielen. Der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie sollte viel schneller vorangehen – ohne die träge Bürokratie bei der Suche nach Standorten. Der Bau von Strom-Speichern muss forciert werden, um gegen die Dunkelflaute gewappnet zu sein. Der Streit über den Einsatz von E-Fuels, über Technologien im Heizungskeller und über vieles mehr – bei der klaren Vorgabe von Grenzwerten wäre das meiste überflüssig und von allen bestens zu verstehen. Förderprogramme sind zielgerichtet für einkommensschwache private Haushalte einzusetzen sowie für innovative Technologien – etwa in der Industrieproduktion, jedoch nicht als Dauersubvention. Wenn nicht bald die Energie- und Klimapolitik vom Kopf auf die Füße gestellt und das Ordnungsrecht durchgesetzt wird, kann die dringend erforderliche Klimawende nicht gelingen. Wohlstand für alle bedeutet schließlich eine lebenswerte Umwelt und eine lebendige Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeitschancen. Nicht die von der Ampel gezielte staatliche Mikrosteuerung wird zum Erfolg führen. Vielmehr sollte der Staat die Angebotsbedingungen möglichst breit und wettbewerbsfördernd gestalten. Dadurch erhöhen sich die Chancen für einen nachhaltigen und produktiven Strukturwandel, der zu mehr Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit in Deutschland führt ■

IMPRESSUM

DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Tel. (02301) 91 96 8-0, Fax (02301) 91 96 8-29
E-Mail: info@bvmu.de
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Janina Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, Janina Schäfer, BDS Archiv
Layout: Joachim Schäfer/K6 Medien
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU/zum BDS abgegolten.
Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
BDS/BVMU e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Internet: www.bvmu.de
E-Mail: info@bvmu.de
© by: BDS/BVMU e. V.
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.